

Dr. Karsten Rudolph MdL  
Stv. Vorsitzender der NRWSPD

Kurzbeitrag zur Eröffnung der Ausstellung

### **Uneins – aber einig?**

Zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften

Am 7. Januar 2008 in Gelsenkirchen

Anrede

Das „Mannheimer Abkommen“, in Form einer Resolution auf dem Parteitag der SPD 1906 in Mannheim stipuliert, vereinbarte – so ist es in der Einladung nachzulesen – „formal die Gleichberechtigung von SPD und Gewerkschaften“ und bildete fortan die Basis ihres „besonderen Verhältnisses“.

Die Geschichte zum Mannheimer Abkommen ist rasch erklärt. Der Arbeiterverein war die organisatorische und politische Keimzelle der Arbeiterbewegung in Deutschland, nicht die Gewerkschaft wie etwa in Großbritannien. Die freien Gewerkschaften kamen später, gewannen aber durch ihr größeres Mitgliederwachstum immer mehr

an Gewicht und wollten sich irgendwann nicht länger als Massen(protest)basis und „Rekrutenschule der Partei“ behandelt sehen. Die SPD störte sich hingegen am wachsenden Eigensinn des gewerkschaftlichen Apparats, der sich vor einer massiven Konfrontation mit dem wilhelminischen Obrigkeitsstaat sträubte. Im Zuge eines Massenstreiks hatten die Gewerkschaften eben mehr zu verlieren und weniger zu gewinnen als die politische Bewegung der Arbeiter. Deren ganze gewerkschaftliche Organisation stand auf dem Spiel. In Mannheim erkannte der SPD-Parteivorstand teilweise widerwillig an, dass er keine Richtlinienkompetenz mehr gegenüber der Generalkommission besaß und seitdem gingen Partei und Gewerkschaften zwar nicht getrennte, aber doch eigene Wege in eigener Verantwortung. Ihre Ziele – so hat das Willy Brandt anlässlich einer Veranstaltung zum 75. Jahrestag des Mannheimer Abkommens formuliert – mussten dabei nicht im Gegensatz zueinander stehen; aber die Formen der Organisation und die Inhalte der alltäglichen Arbeit waren (und sind) andere.

Von manchen Kritikern wurde das fortan bestehende „besondere Verhältnis“ zwischen SPD und Gewerkschaften nicht wahrgenommen. Der SPD warf man bis Godesberg eine „Vergewerkschaftung der Parteiarbeit“ vor, die zu ihrem politischen Immobilismus beigetragen und ihr eine aktivere politische Rolle verbaut habe. Den freien Gewerkschaften warf man ihre Fixierung auf die SPD vor, die sie daran gehindert habe, eine pragmatische Politik zu betreiben und sich für katholische, kommunistische oder liberale Arbeiter zu öffnen.

Wie immer man dieses besondere Verhältnis auch betrachtete – im Zweifelsfall und in den großen Konflikten der deutschen Geschichte blieben SPD und freie Gewerkschaften aufeinander angewiesen. Das war 1914 so, 1918 und 1933.

Die Abkehr von den Richtungsgewerkschaften und die Gründung der Einheitsgewerkschaft 1949, die Abkehr von der traditionellen Arbeiterfunktionärspartei und die Umgründung der SPD zur linken Volkspartei 1959 wiesen ein und dieselbe Tendenz auf: SPD und freie Gewerkschaften schnürten ihre engen weltanschaulichen Korsetts auf. Alle Arbeitnehmer sollten in den DGB-Gewerkschaften unabhängig von ihren weltanschaulichen oder parteipolitischen Überzeugungen eine Heimat finden, genau so, wie alle Bürger in der SPD eine

Heimat finden sollten, die sich zu den Grundwerten der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bekannten. Seit die Korsetts abgelegt waren, kam darauf an, die eigene Haltung zu finden und die Beziehung zueinander immer neu zu suchen.

Es ist kein Geheimnis, dass diese Entwicklung auf beiden Seiten nicht immer akzeptiert wurde, was zu Missverständnissen, Enttäuschungen und auch zu vorübergehenden Entfremdungen führte. Nicht selten ging das Unverständnis von denen aus, die in beiden Organisationen tätig waren. Sie neigten aus verständlichen Gründen dazu, in der SPD den politischen Arm der Gewerkschaft und in der Gewerkschaft den gesellschaftlichen Arm der SPD zu sehen.

Richtig blieb aber auch jetzt: SPD und Gewerkschaften blicken auf vergleichbare Erfahrungen, teilen die gleichen politischen Leidenschaften und vertreten komplementäre Ziele und Programme. Auch wenn dies von Zeit zu Zeit in den Hintergrund rückte.

1997 – knapp 90 Jahre nach dem „Mannheimer Abkommen“ – fragten die vom DGB-Bundesvorstand damals noch herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ in einem Schwerpunktheft danach, ob es sich bei dem Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften um einen „ewigen Bund“ oder aber um ein „Auslaufmodell“ handele.

Der Schwerpunkt des Heftes ging zurück auf eine Initiative aus dem SPD-Bezirk Westliches Westfalen, der immer ein hartes, aber herzliches Verhältnis zu den Gewerkschaften pflegte. Das Politikum des Heftes lag darin, dass die Initiatoren gemeinsam mit dem Herausgeber der Zeitschrift, Hans Otto Hemmer, der Meinung waren, ein solcher Schwerpunkt müsste mit einem Beitrag des SPD-Vorsitzenden eröffnet werden. Das war zu diesem Zeitpunkt alles andere als selbstverständlich, denn der SPD-Vorsitzende war bei den Gewerkschaften wegen seiner Haltung zur Arbeitszeitverkürzung mitnichten gut gelitten. Ich weiß ziemlich genau, wie viel Überzeugungskraft und Stehvermögen der tapfere Herausgeber aufbringen musste, um gegenüber den Herausgebern durchzusetzen, dass Oskar Lafontaine den Eröffnungsbeitrag beisteuern konnte. Aber wir waren eben der Meinung, es sei besser miteinander als übereinander zu reden.

Oskar Lafontaine lieferte und machte klar: „SPD und Gewerkschaften verbindet, dass beide die Interessen der großen Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten.“ Es ist schade, dass er dies heute nicht mehr so sehen will. Der damalige SPD-Vorsitzende legte weiter dar, dass erfolgreiche Reformpolitik gesellschaftliche Bündnisse erfordere, deren Basis das Bündnis von SPD und Arbeitnehmerschaft seien, weshalb die Gewerkschaften der erste Ansprechpartner für Sozialdemokraten sein müssten. Davon hat sein Nachfolger bisweilen wenig wissen wollen und die Gewerkschaften behandelten ihn wie weiland Lafontaine.

Nun kann ich nicht verschweigen, dass sich in dem Heft zwei nachdenkliche, strategisch formulierte Beiträge von jüngeren Autoren befanden, die forderten, die Partnerschaft zwischen SPD und Gewerkschaften neu zu begründen.

Der eine Autor, der gerade stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen geworden war, meinte, Politik sei weniger Vergangenheitsbewältigung als bestehe vielmehr darin „Neues zu können“, und er verlangte die gemeinsame Bearbeitung von vier Reformfeldern: (1.) Konkrete Perspektiven für Beschäftigung, Ausbildung und Fortbildung zu gewinnen, (2.) an der ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu arbeiten, (3.) Forschung und Bildung zu stärken und (4.) den Weg vom nationalen Sozialstaat zur europäischen Wohlfahrtsgesellschaft zu nehmen.

Der andere Autor meinte ganz ähnlich, die Beziehungen zwischen SPD und Gewerkschaften ließen sich am Besten anhand von Herausforderungen bestimmen, auf die beide Seiten noch keine ausreichenden Antworten hätten. Dieser Autor, der gerade sein neues Amt als Leiter des IG Metall-Bezirks NRW angetreten hatte, tastete konkrete „Gestaltungsoptionen in einer globalisierten Ökonomie“ ab (so nannte Harald Schartau das damals) und suchte diese auch jenseits der von SPD und Gewerkschaften für ihre Mitglieder und Anhänger errichteten „Schutzfunktionen“.

Die beiden Autoren waren sich damals nicht einig darüber, wer denn nun mehr den Tony Blair gegeben hätte, aber schon bald stellte sich heraus, dass diese Rolle Gerhard Schröder und nicht den „Schlaumeiern aus der zweiten Reihe“ zufiel. Das

Pech für Schröder war nur, dass seine Reformpolitik weder vor noch während der Regierungszeit durchexerziert worden war und dass er sie in einem Verzweiflungsmanöver in einer wirtschaftlichen Talfahrt einschlug während Blair sie in einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung überführte. Der eine konnte deshalb drei Wahlen gewinnen und Labour an der Macht halten, der andere konnte nur zwei gewinnen und musste den politischen Gegner mit an die Macht lassen.

In der gewerkschaftlichen Schelte an der Agenda-Politik ging eine strategische Entscheidung der SPD unter, die weder von ihr selbst noch von den Gewerkschaften bis heute ausreichend gewürdigt wird. Die Agenda 2010 war vor allem anderen eine Entscheidung für die Zukunft der Arbeit und für eine Politik der Vollbeschäftigung. Hinter ihr stand die feste Überzeugung, dass die Teilhabe an der Erwerbsarbeit eine moderne Gesellschaft zusammenhält und nicht die Höhe der Arbeitslosenhilfe, nicht die Rente mit 55, nicht die AB-Maßnahme, nicht die Sozialhilfe im Generationswechsel und auch nicht das bedingungslose Grundeinkommen. Nachdem die Zahl der Arbeitslosen um 1,8 Millionen gesunken ist, nachdem in einem Jahr über 20 Prozent der jüngeren und der über 55jährigen Arbeitslosen wieder eine Erwerbsarbeit gefunden haben, erscheint diese Richtungsentscheidung schon geradezu als unverständlich weil selbstverständlich. Aber nach jahrzehntelang zyklisch gewachsener struktureller Massenarbeitslosigkeit und im Angesicht von über 5,2 Millionen Arbeitslosen dominierte in der deutschen Gesellschaft eine Haltung, in der man sich damit abfand, Millionen Menschen vom ersten Arbeitsmarkt auszuschließen. Diese Resignation scheint nun überwunden zu sein.

Anrede

Kein Kurzbeitrag ohne knappe Schlussfolgerungen. Was lernt man aus der Geschichte des „besonderen Verhältnisses“ mit ihren Geschichten?

Erstens und zuerst gilt, was Hans-Jochen Vogel 1988 zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften gesagt hat: Beide sollten ihre Selbstständigkeit und Eigenverantwortung anerkennen und respektieren: „Die SPD ist keine Gewerkschaftspartei, die Gewerkschaften sind keine sozialdemokratische Richtungsorganisation.“ Aber er fügte auch hinzu: „Die wichtigsten ihrer Ziele

erreichen sie gemeinsam oder gar nicht.“ Das hört sich für Hans-Jochen Vogel reichlich dialektisch an, deswegen gibt er uns eine praktische Hilfestellung: SPD und Gewerkschaften sollten zu einer konkreten, interessen- und zielorientierten Zusammenarbeit finden. Themen stellen sich hier zur Genüge. Sie reichen von einem bundesweiten Mindestlohn (den schon die erste deutsche Arbeiterverbrüderung in der Revolution von 1848/49 einklagte) bis zur Neugestaltung der Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen.

Die zweite Schlussfolgerung lautet: Die SPD ist gut beraten, sich als Partei der Arbeit zu verstehen und sich in der Alltagsarbeit stärker um die Veränderungen in der Arbeitswelt zu kümmern. Im neuen, Hamburger Grundsatzprogramm schlägt sich dies insbesondere in dem Abschnitt zu "guter Arbeit" nieder, der maßgeblich auf Vorarbeiten in Nordrhein-Westfalen zurück geht. Die Gewerkschaften sind gut beraten, wenn sie sich stärker um die "politische Welt" kümmern würden. Sie sollten ihre Dachorganisation, den DGB, stärken. In der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik brauchen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine klar vernehmbare Stimme. Im Vergleich zu der von den Arbeitgebern geförderten "Initiative Soziale Marktwirtschaft" zeigt sich der konkrete Handlungsbedarf.

Die dritte Schlussfolgerung ist: SPD und Gewerkschaften sollten sich nicht zu sehr auf ihr Binnenverhältnis fixieren. Die Welt ist größer und es gibt einige besorgniserregende Anzeichen dafür, dass beide durch falsche Freunde geschwächt werden könnten. Ich will es mal so sagen: Der DGB hat die GdL, die SPD die Linkspartei. Eine Zersplitterung der politischen Linken und der Gewerkschaftsbewegung hat immer den Anderen gut getan - nicht jedoch der sozialen Demokratie in Deutschland.

Die vierte - und letzte - Schlussfolgerung: Zu meinen, die neoliberale Welle in Deutschland sei ausgelaufen erscheint mir als etwas voreilig. Einigen ist schon wieder entgangen, dass die Große Koalition nur deshalb zustande kam, weil die Union drei vorgelagerte Forderungen der SPD akzeptierte: Erhalt der Tarifautonomie, Erhalt der Mitbestimmung und des Kündigungsschutzes. Anschließend wurde ein „gemäßigtes sozialdemokratisches Regierungsprogramm beschlossen. Die Rückkehr der Union zu einer offen neoliberalen Politik ist damit jedoch alles andere als ad acta

gelegt. Wir in Nordrhein-Westfalen wissen, was eine schwarz-gelbe Regierung für die Arbeitnehmer bedeutet: Abschaffung des Tariftreuegesetzes, Schleifung der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, Privat vor Staat. Gut wäre es, sich daran zu erinnern, wer Nordrhein-Westfalen zum sozialen Gewissen in der Bundesrepublik gemacht hat.